

Katastrophen-Pflichtversicherung?

Zunehmende Wetterextreme: Der Ruf nach einer verpflichtenden Versicherungslösung wird lauter.

Spätestens während der Aufräumarbeiten wird manchem Betroffenen bewusst, dass die Schäden zum Großteil weit über den bestehenden Versicherungssummen in ihren Verträgen liegen. Während bei Industriebetrieben und Großgewerbebetrieben die Möglichkeit gegeben ist, sich gegen Naturkatastrophen ausreichend zu versichern, ist die Realität, dass die meisten Österreicher nur unzureichend gegen Naturkatastrophen versichert sind. Die Eigenheim- bzw. Haushaltsversicherung deckt Hochwasserschäden in der Regel nie komplett ab, vielmehr bewegen sich die Summen zwischen 5.000 bis 10.000 Euro, wie es der Österreichische Versicherungsverband kürzlich verlautete. Das bedeutet: Der Katastrophenfonds muss helfen! Wieviele Betroffene aus dem kürzlich auf eine Milliarde aufgestockten staatlichen Fonds ihre Schäden – nach Erhebung durch die Schadenskommissionen – (vom Steuerzahler) ersetzt bekommen, obliegt letztlich der Politik selbst. Einen Rechtsanspruch auf Schadenersatz gibt es nicht. Derselbe Schadensfall könnte zu 80, 50 oder auch nur zu 20 Prozent vom Katastrophenfonds gedeckt werden.

Rechenmodelle

Der Ruf nach einer verpflichtenden Versicherungslösung – wie es sie übrigens seit langem bereits in Frankreich, Belgien, Spanien oder der Schweiz gibt – schwirrt schon seit längerem im Raum und wird im Moment immer lauter. Bei diesem Modell bietet sich die Feuerversicherung für Gebäude und Haushalt am besten an, da diese Sparte mit nahezu 100 Prozent flächendeckend in ganz Österreich vorhanden ist. Was viele nicht wissen: Bei der Feuerversicherung ist neben der 11-prozentigen Versicherungssteuer auch eine 4-prozentige Feuerschutzsteuer gegeben.

D.h. es sind bereits Abgaben in den Prämien kalkuliert und es ließen sich hier verschiedene Rechenmodelle anwenden. Die Arbeiterkammer (AK) steht einer solchen Pflichtversicherung skeptisch gegenüber: Sie befürchtet eine hohe finanzielle Belastung für Konsumenten durch steigende Prämien, insbesondere in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten. Hier könnte der Finanzminister allerdings unterstützend eingreifen, indem er jenen Anteil der Katastrophenprämie als steuerlichen Absetzposten akzeptiert – eine Vorgangsweise die meiner Meinung nach alle Pflichtversicherungen in Österreich betreffen sollte (Kfz-Haftpflicht, Privathaftpflicht etc.).

Schulterschluss

Nach Rückfrage bei den heimischen Versicherungen sind sich alle einig, dass ein Schulterschluss zwischen der Versicherungswirtschaft und der öffentlichen Hand die beste Lösung wäre, um für zukünftige Naturkatastrophen der Bevölkerung eine 100-prozentige Lösung für entstandene Schäden zu bieten. Ob Pflichtversicherung oder andere Lösungen – Experten sind sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Auf Grund zunehmender Wetterextreme braucht es neue Ansätze, um die finanzielle Absicherung der Bevölkerung gegen Naturkatastrophen zu verbessern. Die Kernfrage dreht sich letztendlich darum, wer in Zukunft für die klimawandelbedingten Schäden aufkommen wird: Entweder verstärkt die Gesellschaft als Ganzes, durch Steuern oder Versicherungsbeiträge, oder zu einem erheblichen Teil die direkt Betroffenen selbst. An den Kosten ändert das jedoch nichts.

ZUM AUTOR

Michael Patocka
IRM Versicherungsmakler und -beratungs GmbH
 Börsegasse 9, 1010 Wien
 E-Mail m.patocka@irm-broker.com
www.irm-broker.com

